

MEDIENSERVICE

**Zukunft der EU:
Stärkefelder ausbauen,
Resilienz erhöhen und
Bürokratie verringern**

**Mega-Finanzpaket schnell ausrollen,
um die Konjunktur anzukurbeln!**

Linz, 31. Juli 2020

Ihre Gesprächspartner:

Mag.^a Doris Hummer
Präsidentin der WKO Oberösterreich

Mag.^a Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Markus Achleitner
Europa-Landesrat Oberösterreich

WKOÖ-Präsidentin Mag.^a Doris Hummer Exportland Oberösterreich profitiert von Konjunktur-Maßnahmen der Europäischen Union

Die Herausforderungen für die Europäische Union waren noch nie so groß wie heute:

- Die Bewältigung der größten Wirtschaftskrise am europäischen Kontinent,
- das Wiederhochfahren der europäischen Wirtschaft,
- der BREXIT und seine Auswirkungen
- und die Umsetzung des „Green Deals“

fordern die EU und alle ihre Mitgliedstaaten in noch nie dagewesener Weise.

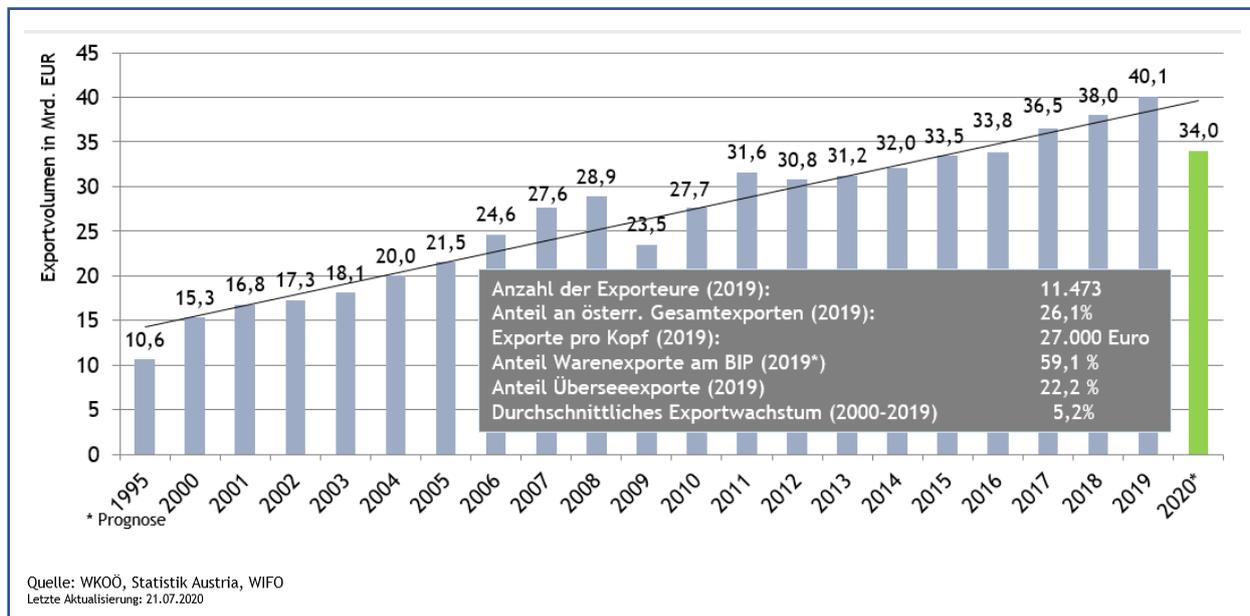
Den Perspektiven für die Unternehmen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu, geht es doch darum, den Wohlstand, die Beschäftigung und das hohe Maß an sozialer Sicherheit in Europa aufrechtzuerhalten. WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer: „Das alles erfordert eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit widerstandsfähigen und innovativen Unternehmen. Daher muss auch auf europäischer Ebene alles getan werden, um die Unternehmen in und nach der Krise bestmöglich zu unterstützen und ihnen Perspektiven auf dem Weg in die Zukunft zu geben.“

Auslandsnachfrage ist Schlüsselfaktor

Für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich ist die Entwicklung der Auslandsnachfrage der wichtigste Konjunkturfaktor. Im Jahr 2019 wurde erstmals die Schallmauer von 40 Milliarden Euro bei den Warenexporten durchbrochen. Für heuer wird jedoch ein dramatischer Einbruch auf nur mehr 34 Milliarden Euro erwartet.

„Wir können hier auf Bundes- und auch Landesebene die Unternehmen bei der Markterschließung unterstützen - etwa durch unsere Außenwirtschaftscenter in aller Welt oder die Beratung durch das Export Center OÖ vor Ort, zudem finanziell, etwa bei Messeteilnahmen oder online-Vertriebskampagnen. Um aber Nachfrageimpulse auszulösen braucht es neben den nationalen Konjunkturpaketen auch ein großes Wiederaufbauprogramm, wie vom Europäischen Rat letzte Woche beschlossen“, zeigt sich Präsidentin Hummer über die kürzlich erfolgte Einigung der EU-Regierungschefs sehr erfreut.

Exportentwicklung Oberösterreich seit 1995



„Die von den EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat erzielte Einigung, einen Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro zur Konjunkturbelebung der europäischen Wirtschaft einzusetzen und mit dem mehrjährigen Finanzrahmen in Höhe von 1.074 Milliarden Euro zu verbinden, ist für unsere Wirtschaft mit ihren exportstarken Unternehmen von enormer Bedeutung. Noch dazu, wo die Schwerpunkte auf Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz liegen - den Stärkefeldern unserer Unternehmen“, so die WKOÖ-Präsidentin. „Mit unserem Außenwirtschafts-Netzwerk werden wir aber gezielt auch noch die Chancen für unsere international tätigen Firmen herausarbeiten. Konkret schon dafür reserviert ist beispielsweise der nächste Sprechtag der Delegierten der Außenwirtschaft Austria in den Top-15 Märkten in Europa am 1. Oktober in Linz.“

Ganz entscheidend wird grundsätzlich sein, den mehrjährigen EU-Finanzrahmen und den Wiederaufbaufonds rasch und gezielt zur Nachfragestimulierung einzusetzen. Dazu braucht es flexible und unbürokratische Instrumente.

Bürokratieabbau bei grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten

Aus Sicht der Wirtschaft, insbesondere der KMU ist es - über den Wiederaufbaufonds hinaus - enorm wichtig, durch Bürokratieabbau und mehr Rechtssicherheit die Aktivitäten in Europa zu erleichtern. Die Unternehmen erwarten pragmatische,

ressortübergreifende Lösungen statt praxisfremder Regelungen mit viel Bürokratieaufwand.

Mit dem neuen Instrument der „Regulatory Sandboxes“ (Versuchsfelder zum Bürokratieabbau) soll es gelingen, innovative Geschäftsideen rascher umzusetzen und Dienstleistungen einfacher anzubieten als bisher, und dies auch grenzüberschreitend und branchenübergreifend.

Doris Hummer: „Die WKO Oberösterreich ist hier seit Jahren Vorreiter. Gemeinsam mit unseren Nachbarkammern haben wir eine Vielzahl von Projekten abgewickelt, um die Geschäftstätigkeit über die Grenzen im Dreiländerraum Oberösterreich, Niederbayern und Südböhmen zu erleichtern. Als Nachfolgeprojekt des mit dem European Single Market Award ausgezeichneten Projekts ‚Grenzoffensive‘, haben wir mit der Initiative ‚Hallo Nachbar‘ auch in der Covid-19-Krise die Zusammenarbeit verstärkt und unsere Unternehmen in dieser extrem schwierigen Zeit beim Liefern und Arbeiten über die Grenzen unterstützt. Dieses Projekt können wir gerne als Vorbild für einen gelebten Bürokratieabbau in die notwendige Diskussion um eine Reduktion der legislativen und administrativen Belastungen im EU-Binnenmarkt einbringen.“

Auf die To-do-Liste der EU-Kommission gehört eine Politik, die der Lebenswirklichkeit von kleinen und mittleren Unternehmen entspricht. Sämtliche Initiativen - der Wiederaufbaufonds, die Digitalisierungsoffensive und der sogenannte Green Deal - müssen in diese Strategie einzahlen.

Europa muss zu einem robusten Innovationsführer werden

Und schließlich müssen wir alles unternehmen, damit Europa wieder zu einem robusten „Innovation-Leader“ im globalen Wettbewerb mit den USA und China wird. Doris Hummer: „Das wird nicht in allen Bereichen gelingen, aber beim Klima- und Umweltschutz und im Technologiesektor tun sich enorme Chancen auf, die auch durch den Green Deal der EU unterstützt werden. Konkret etwa bei der Wasserstofftechnologie oder der Mobilität im Bereich Batterietechnologien.“

Wirtschafts- und Europa-Landesrat Markus Achleitner Stärke des Exportlandes Oberösterreich wurzelt auch in der Europäischen Union

„Der EU-Beitritt war für die österreichische und vor allem die oberösterreichische Wirtschaft ein Motor für Wettbewerb und Innovation, der sich bis heute auswirkt. Österreich und ganz besonders Oberösterreich sind heute deutlich internationaler und wirtschaftlich besser aufgestellt als im Jahr 1995“, verweist Wirtschafts- und Europa-Landesrat Markus Achleitner auf die umfassenden, positiven Auswirkungen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union:

- Das öö. BIP ist seit dem EU-Beitritt (Zahlen liegen bis 2019 vor) jedes Jahr mit Ausnahme von 2009 zwischen 2,4 und 6,3 % gewachsen. Damit liegt das Land in 19 von 24 Jahren am oder über dem Österreichschnitt.
- Tragende Säule des überdurchschnittlichen Wachstums in Oberösterreich waren und sind die mittlerweile über 11.200 oberösterreichischen Exportunternehmen, die im Jahr 2019 die 40 Mrd. Euro Schallmauer bei den Exporten durchbrochen haben. Im Jahr des EU-Beitritts betrug dieser Wert noch 10,6 Mrd. Euro. Die oberösterreichischen Exporte wurden also in den letzten 25 Jahren beinahe vervierfacht. Mehr als ein Viertel der gesamten Exporte Österreichs kommen aus Oberösterreich.
- Die Zahl der unselbständig Beschäftigten in OÖ ist seit dem EU-Beitritt um mehr als 30% gestiegen; damit liegt OÖ weit über dem Österreichschnitt und die Beschäftigtenzahl im Land hat 2019 einen neuen historischen Höchststand erreicht.
- In Summe sind in den vergangenen 25 Jahren aus den wichtigsten EU-Töpfen jährlich etwa 247 Mio. € nach Oberösterreich zurückgeflossen. Das entspricht einer Gesamtsumme von aktuell 6,43 Mrd. Euro (Stand bis 31. Dezember 2019). Mit diesem Geld konnten wichtige Investitionen in die Forschungs- und Technologie-Infrastruktur, für die kleinen und mittleren Unternehmen, den Tourismus, im Sektor Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, die Kultur und grenzüberschreitende Kooperationen realisiert werden.

Corona-Krise als Weichenstellung - auch für Europa

„Die aktuelle Corona-Krise bietet die Chance, den Menschen in Europa wieder stärker bewusst zu machen, welchen Wert ein gemeinsames Europa hat. Sie gibt uns auch die Chance, dass die Europäische Union stärker aus dieser Krise hervorgeht, wenn sie die richtigen Lehren daraus zieht“, betont Landesrat Markus Achleitner.

„Corona-Nationalismus“ ist keine Lösung

Um die Gesundheit der eigenen Bevölkerung zu schützen wurden in der Krise in Europa nationale Grenzen geschlossen. Diese Beschränkungen waren als Sofortmaßnahme richtig und wichtig. Aber längerfristig ist ein „Corona-Nationalismus“ keine Lösung: „Europäische, nationale und regionale Maßnahmen zur Krisenbewältigung müssen aufeinander abgestimmt werden und einander ergänzen, damit sie volle Wirksamkeit erzielen können. Aktuell ist der Stellenwert der Nationalität in der öffentlichen Wahrnehmung wieder gestiegen. Demgegenüber muss gerade jetzt auch ein gemeinsames europäisches Bewusstsein gefördert und gestärkt werden, um auf dieser Basis eine künftig vertiefte Zusammenarbeit zu erreichen“, ist Europa-Landesrat Markus Achleitner überzeugt.

Unverzichtbare Güter müssen in Europa produziert werden - erste Maßnahmen

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass unverzichtbare Güter in Europa produziert werden: „Wir müssen dafür sorgen, dass in bestimmten Branchen wie der Pharmaindustrie oder bei der Erzeugung von Schutzausrüstungen die Abhängigkeit von Drittstaaten verringert wird. Es muss die Produktion von wichtigen Gütern etwa aus Asien wieder nach Europa und nach Österreich zurückgeholt werden“, erklärt Landesrat Markus Achleitner.

So ist etwa das Bekenntnis zum Ausbau und damit Erhalt der integrierten Antibiotikaproduktion am Standort Österreich ein erster Schritt in diese Richtung, um Produktionen in Europa zu sichern und Abhängigkeiten zu reduzieren.

Wirtschaftskreisläufe neu aufstellen

Das Schließen der Grenzen in Europa sowie die wirtschaftlichen Einbrüche in den Nachbarländern treffen insbesondere das Exportland Oberösterreich hart. Der Export ist für Oberösterreich ein zentraler Standortfaktor, weil

- jeder zweite Arbeitsplatz in der öö. Wirtschaft direkt oder indirekt am Export hängt.
- jede Exportmilliarde 6.000 Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft sichert.
- fast 60 Prozent des OÖ Bruttoregionalprodukts (BRP) durch den Warenexport generiert werden.

„In der aktuellen Krise erlebt die Globalisierung einen Dämpfer. Es ist wichtig, dass trotz der aktuellen Corona-Beschränkungen die Wirtschaftskreisläufe wieder in Gang kommen. Zugleich müssen Fragen der Versorgungssicherheit und der Abhängigkeiten aufgrund globaler Lieferketten neu beantwortet werden. Lieferketten müssen wieder stärker regionalisiert und neue Produktionen in Europa aufgebaut werden. Eine Reindustrialisierung in Europa wäre gerade für das starke Wirtschafts- und Industrieland Oberösterreich eine große Chance“, erklärt Wirtschafts- und Europa-Landesrat Markus Achleitner.

Wiederaufbauprogramm starkes Signal eines aktiven Europas

„Dass die europäische Solidarität eine lebendige ist, das hat die Einigung des Europäischen Rates über den 750 Mrd. Euro schweren Wiederaufbaufonds gezeigt. Ich bin zuversichtlich, dass es auch mit dem EU-Parlament zu einer Einigung kommen wird, auch demokratische Prozesse machen Europa lebendig“, erklärt Europa-Landesrat Markus Achleitner im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen auf europäischer Ebene.

Schätzungen gehen davon aus, dass Österreich rund 3,7 Mrd. Euro aus dem Wiederaufbauprogramm erhalten wird. Die größten Empfänger werden die von der Corona-Krise besonders hart getroffenen Länder Italien, Spanien und Frankreich sein.

„Fließen sollen die Mittel vor allem in jene Bereiche, die die europäische Entwicklung nachhaltig beeinflussen werden - etwa Forschung, Reformen, Ökologisierung und auch Digitalisierung. Ich bin überzeugt, dass wir diesen Schub auch in Oberösterreich spüren werden“, erwartet sich Landesrat Markus Achleitner unmittelbare Auswirkungen auf Oberösterreich.

„Oberösterreich wird sich natürlich entsprechend einbringen, wenn es um die konkrete Aufteilung der österreichischen Mittel auf die Bundesländer geht“, kündigt Europa-Landesrat Markus Achleitner an.